

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreise: Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1 Mark, 100 Hefte 10 Mark, 1 Jahr 30 Mark, 1/2 Jahr 18 Mark, 3 Monate 12 Mark, 1 Monat 4 Mark. Ausland 20% Zuschlag. Einmalige Zusätze: Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Pf., Rabatt. Für Briefmarken 50 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Ausgabenpreis: die halbjährige Kopierleistung 800.— M., auswärts 875.— M., die halbjährige Kopierleistung 1200.— M., auswärts 1350.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Pf., Rabatt. Für Briefmarken 50 Pf.

Nr. 47

Dresden, Sonnabend den 24. Februar 1923

34. Jahrg.

## Bergarbeiterprotest gegen Mißhandlungen

An die Arbeiter der Welt!

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die Polnische Gewerkschaft, Abteilung Bergarbeiter, und der Gewerkschaften S. D., Abteilung Bergarbeiter, richten an die Arbeiter der Welt einen Aufruf, in dem gegen die Mißhandlungen im besetzten Gebiet Protest erhoben wird. Folgende Beispiele werden zur Kenntnis gebracht:

1. Am 1. Februar ist der wechsell. Bergmann Gaumann in Prochen bei Wambdau von einem französischen Soldaten grundlos in feiger hinterlistiger Weise von hinten erschossen worden.
2. Am 8. Februar wurden vier friedliche Bergleute in Neudorf bei Prochen auf dem Wege zur Arbeitstätte von französischen Soldaten überfallen, mißhandelt und blutig geschlagen.
3. Der Bergmann Walters in Herne ist am 9. Februar morgens früh auf dem Wege zur Arbeitstätte von einem französischen Soldaten niedergeschlagen und schonungslos wie ein Stück Vieh am Boden liegend grausam mißhandelt worden.
4. Ein brutaler Gewaltakt ereignete sich am 12. Februar auf der Zeche Prosper bei Prochen. Friedliche Bergarbeiter wurden auf ihrem Arbeitsplatz von französischen Soldaten überfallen und mißhandelt. Unter fortwährender Bedrohung mit scharf geladenen Maschinenengewehren und Handwaffen sollten sie zur Arbeit gezwungen werden. Als sie das ablehnten, wurden sie mißhandelt und niedergeschlagen.
5. Auf der Grube Fortsetzung in Orenschuid wurden 14 Bergarbeiter gezwungen, ein beschlagnahmtes Auto der Zeche vier Kilometer weit von Orenschuid nach Hornsburg zu schieben. Die 14 Kameraden wurden dabei durch Kolbenschläge miß-

handelt. Vier Betriebsratsmitglieder wurden verhaftet, die übrigen zehn wurden entlassen.

In dem Aufruf heißt es dann weiter:  
Diesen Schandtatzen werden von den Offizieren der Besatzungsgruppen täglich neue hinzugefügt. In jammervoll grauamiger Weise wird die friedliche und wehrlose Ruhrbevölkerung von den Offizieren mit der Keitzeitliche mißhandelt. Die Bewohner werden auf offener Straße schonungslos durchgepeitscht. In einem Tage wurden allein in Essen 22 solcher Fälle amtlich gemeldet. Von den übrigen Bergmannstädten und Dörfern sind ähnliche Fälle zu verzeichnen.

Das sind so einige brutale Gewaltakte der Besatzung am Rhein und an der Ruhr. Große Erbitterung der Ruhrbevölkerung ist ihre Folge. Der Druck der Fremdberrschaft trifft ganz besonders die Arbeiter, ihre Frauen und Kinder, die alten Invaliden, Witwen und Waisen schwer. Größtes Elend ist die Folge der Besetzung. Dies jedoch nicht allein. Die französische Militärberrschaft vernichtet die Zivilisation. Sie verhindert den Wiederaufbau Europas. Dadurch hemmt sie das wirtschaftliche Streben der Menschen nach Wohlstand und Kultur und desorganisiert das ganze wirtschaftliche Leben der Welt zum Schaden aller Völker.

Das Vorgehen der Besatzung wird die Arbeiterschaft Deutschlands in ihrem Widerstandswillen nicht schwächen, im Gegenteil, er wird dadurch gestärkt. Wir sind entschlossen, den Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus bis zu Ende zu führen.

Der Aufruf schließt mit einem Appell an die Arbeiter der Welt, die Arbeiter an der Ruhr in dem Kampf zu unterstützen.

## Am Wendepunkt

Seit Wochen tobt in Sachsen ein Kampf um die politische Macht. Die Tätigkeit der sozialistischen Regierung in Sachsen ist den bürgerlichen Parteien ein Dorn im Auge. Gatten sie sich nach der Revolution zunächst mit der Bildung einer sozialdemokratischen Regierung aus der Sorge heraus, die Kommunisten könnten sich aktiv an der Regierung beteiligen, abgefunden, so ändert sich das Bild sofort, nachdem offen zutage lag, daß bei der parteigewöhnlichen Einstellung der Kommunisten diese Ansicht unbegründet war. Aus dieser Erkenntnis heraus aber vollzog sich von den Kommunisten eine Wandlung; die Ansprüche steigerten sich und als ihr Plan, an den Regierungsgeschäften tätigen Anteil zu nehmen, mißlang, trieben sie es, bereitwillig von den Kommunisten getrennt, zur Auflösung des Landtages. Der ersehnte Erfolg schlug ins Gegenteil um. Die sozialdemokratische Regierung hatte es in den zwei Jahren ihres Bestehens verstanden, das Vertrauen der Mehrheit des sächsischen Volkes in erhöhtem Maße zu erwerben, das proletarische Element zog stärker als zuvor in den Ballastbau an der Brühlischen Terrasse ein, die sozialistische Regierung stand fester als zuvor.

Die Hoffnungen der werktätigen Kreise, daß nunmehr die durch die vorzeitige Landtagsauflösung unterbrochene zielbewusste Tätigkeit der sächsischen Regierung durch ein gemeinsames Handeln der beiden proletarischen Parteien als Träger der Regierung forciert würde, erlitt durch die regierende Politik der kommunistischen Landtagsfraktion einen argen Schlag. Die Kommunisten hatten aus dem Vorangegangenen nicht nur nichts gelernt, im Gegenteil, man erst recht war das Geheiß ihres Handelns lediglich Agitationssucht. Für sie kommen die Interessen der Arbeiterschaft nicht in Betracht, lediglich die Frage, wie sie ihren Parteinteressen am besten nutzen und einen günstigen Resonanzboden für ihre Parolen in der Arbeiterschaft schaffen können, ist für ihr Handeln leitend.

Da taucht die Frage auf, welche Umstände die Kommunisten zu dieser Umkehrung gegenüber ihrem früheren Verhalten veranlassen konnten? Im vorigen Landtag standen sie anfänglich unter dem Eindruck des berunglückten Märzputsches. Die katastrophalen Wirkungen dieses unruhigen Beginns, die rücksichtslosen Veröffentlichungen des Genossen Döhl über das verbrecherische Treiben der deutschen Kommunisten schienen dieser Partei den letzten Stoß zu versetzen. Es galt für die R. P. D.-Führer, sollte nicht eine völlige Isolierung von den Massen einreten, zur Konsolidierung ihrer Partei zu streben. Dazu war aber unbedingt Voraussetzung, eine einigermaßen vernünftige Politik, die die vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen, die Reichs- und die Landesverfassungen, in Rechnung stellte. So gelang es, wenn auch oftmals unter Schwierigkeiten, die Kommunisten im Zaum zu halten.

Im Spätsommer vorigen Jahres änderte sich das Bild. Die ständig steigende Not der arbeitenden Klasse schaffte dem National- und Völkerverschwärmer der Kommunisten einen günstigen Boden. Dazu kam die im Nord an Rathenau auch in Deutschland eingeleitete nationalsozialistische und faschistische Welle. Die kommunistische Partei „fühlte sich“, der Zeitpunkt war gekommen, wieder einmal „etwas von sich hören“ zu lassen, alle Schuld an den elenden Zuständen wurde der Sozialdemokratie zugeschoben. Die erstbeste Landtagsauflösung konnte dabei auf dem Wege dieser „Rechtfertigung“ für die Kommunisten nur eine Stappe sein, zumal sie für die R. P. D. nur von geringem Erfolg war.

Unter dem Eindruck der Entscheidung der proletarischen Wählermassen gaben sie schließlich bei der Neubildung der Regierung dem von uns vorgeschlagenen Ministerpräsidenten ihre Stimmen. Ihre Katastrophenspolitik aber setzten sie fort, die in dem Mißtrauensantrag gegen den Genossen Lipinski nunmehr ihren Kulminationspunkt erreichte. Wie immer war die neue Parole, Schaffung einer Arbeiterregierung, Einberufung eines Betriebsrätekongresses, sofort zur Hand. Man kalkuliert: „Werben — wie wir nicht annehmen — unsere Forderungen von der Sozialdemokratie angenommen, dann nützt das unserer Agitation, wenn nicht, dann zwingen wir die R. P. D. mit den Bürgerlichen zu gehen, und das nützt uns noch mehr.“ So erweist sich die kommunistische Politik als unehrlich und schädlich für die sächsische Arbeiterschaft. Für uns Sozialdemokraten ergibt sich daraus die Lehre, daß wir bei unserm künftigen Handeln die kommunistische Taktik in Rechnung stellen müssen. Das geschieht aber nicht dadurch, daß wir uns schon heute mit dem Gedanken einer kleinen Koalition, die ja in Wirklichkeit doch nur die Verschleierung der großen Krise darstellt, „vertrauen“ machen, das geschieht auch nicht dadurch, daß wir eine sozialistisch-kommunistische Regierung erstreben — dazu fehlen bei der Vorniertheit der sächsischen Kommunisten jegliche Voraussetzungen — auch nicht durch eine Landtagsauflösung, die an der heutigen Gestaltung Wesentliches nicht ändern würde, das ist vielmehr nur möglich durch eine geschickte Taktik unserer Partei, durch die die Kommunisten gezwungen werden, mit uns eine gemeinsame Linie einzuhalten. Wir müssen die Kommunisten mit ihrer Katastrophenspolitik vor ihren eigenen Wählern ins Unrecht versetzen. Das erreichen wir aber nur, wenn wir ihnen Konsequenzen machen. Selbstverständlich ist dabei, daß sich die Bereitwilligkeit unserer Partei immer im Rahmen der Verfassung bewegen muß, den lediglich auf Katastrophenspolitik eingestellten kommunistischen Forderungen muß von Anfang an ein Niegel

## Landwirtschaft und Ruhrpuffer

Die gewaltige Erhöhung der Umlagepreise, die von der agrarfreundlichen Mehrheit des Ausschusses für Festsetzung des Umlagegetreidepreises beschlossen worden ist, stellt sich, rein finanziell betrachtet, als ein großes Geschenk an die Agrarier dar, das das Reich vergibt, ohne dafür eine Deckung in einem erhöhten Brotpreis zu haben. Es war mit Genugtuung bemerkt worden, als die Agrarier vor einigen Wochen vorläufig auf eine Festsetzung des Preises für das vierte Sechstel der Umlage verzichteten. Dieser großmütige Verzicht macht sich aber nach den neuesten Beschlüssen der Mehrheit des Preisausschusses jetzt glänzend bezahlt, da die neue Preisobergrenze von 165 000 auf 600 000 M. für die Tonne Weizen getreide sich nicht etwa auf das letzte Drittel der Umlage bezieht, sondern nur das vierte und fünfte Sechstel betrifft. Die Preise sollen demnach auf das 3,6fache des bisherigen Preisstandes heraufgesetzt werden. Da die Umlage 2 1/2 Millionen Tonnen Weizen getreide der Reichsgetreidebestelle ausführen soll — ein Drittel davon beträgt 833 333 Tonnen — ergibt die Nachzahlung 362 499 410 000, oder, abgerundet, 362,5 Milliarden Mark. Rechnet man davon selbst noch die Ermäßigung der Umlagemenge in einzelnen Gebieten ab, die mit der Ernte besonders schlecht abgeschnitten haben, so bleibt immer noch ein Betrag von rund 330 Milliarden Mark übrig, der mit dieser Preisobergrenze für Umlagegetreide den Landwirten ausgehändigt wird.

Das Wesentliche aber ist, daß ein großer Teil des Getreides, dessen Uebernahmepreis jetzt derart erhöht wird, längst zu Brot verarbeitet ist und zu dem jetzigen Brotpreise verkauft wurde, der sich zur Hälfte auf dem alten Preis des Umlagegetreides, zur anderen Hälfte auf einem Weltmarktpreis für freies Getreide aufbaute, der ebenso wie der Dollarstand bedeutend niedriger war als heute. Der wesentliche Teil des vierten und fünften Sechstels der Umlage dürfte also bereits in den Händen der Reichsgetreidebestelle sein. Für diesen Teil des Weizengetreides muß jetzt eine Nachzahlung geleistet werden, die auf mindestens 200 Milliarden Mark zu beziffern ist und die nicht die geringste Entlastung der Reichsgetreidebestelle gegenüberstellt, so daß das Reich sie durch einen unmittelbaren Zuschuß aufbringen muß.

Die Verbraucher haben im Preisausschuss bereits weitgehende Zugeständnisse machen müssen, um überhaupt eine Verständigung über die Preisfrage herbeizuführen und die überlebenden Ansprüche der Agrarier zu reduzieren. Der Erfolg ist trotzdem die gewaltige Erhöhung des Weizengetreidepreises zu Lasten der Steuerzahler. Da aber das Reich über Ueberflüsse nicht verfügt, sondern im Gegenteil ein auf Millionen zu bezifferndes Defizit hat, wird dieser Zuschuß durch die Notenpresse aufgebracht. Die Notenpresse aber ist für die große Masse des Volkes die schärfste indirekte Steuer, während sie die Sachwertbesitzer aber verschont.

Wir haben nie gegahert, die Hilfsbereitschaft der Landwirtschaft, besonders soweit sie in freiwilligen Lebensmittelieferungen für das Ruhrgebiet zum Ausdruck kam, anzuerkennen. Man vergleiche aber den gesamten Geldbetrag der Ruhrpuffer und dazu noch den Wert der für die Ruhrbevölkerung freiwillig gespendeten Lebensmittel mit dieser Summe von 200 bis 330 Milliarden, die hier mit einem Schlag der Landwirtschaft zugewendet wird, dann muß man zu der Erkenntnis kommen, daß die Landwirtschaft von

dem Bürgerturn als hilfbedürftiger angesehen wird, als die kämpfende Ruhrbevölkerung.

Mit dieser Feststellung der Tatsachen wollen wir uns für heute begnügen. Vielleicht findet auch jetzt die agrarische Presse den Mut, jene des Volkstums von hinten zu beschlagen, denen durch die Landwirte der Vorkrieg höher hängt wird.

## Waffenverhaftungen in Bochum

Zum französischen Vorgehen gegen Bochum berichten die Wäcker, daß auf den Straßen gegen 600 Personen verhaftet wurden. Die beiden noch erscheinenden Zeitungen, das sozialdemokratische Organ und das Zentrumblatt, sind unter schärfster Zensur gestellt.

Donnerstag, abends 6 Uhr, wurde von den Franzosen unter Aufbruch von zehn Tanks und zwei Luftkrafteinheiten die Stadterordnetenversammlung in Bochum aufgehoben. Festgenommen wurden der Oberbürgermeister, vier besoldete Stadträte und 18 Stadterordnete. Bei diesen handelt es sich nur um solche, die nicht Vertreter der Arbeitnehmer sind. Ein Offizier trat an jeden Anwesenden mit der Frage heran, ob er sich verpflichte, alles zu liefern, was die Franzosen durch Requisitionen nicht erreichen könnten. Die Gewerkschaften beratener ausenblicklich über einen etwaigen Gewaltstreik, der am 24. Februar beginnen soll.

## Verkleppt

Der Oberbürgermeister Sabentzin und Bürgermeister Schäfer sind heute nachmittag mit Kraftwagen in Richtung Düsseldorf fortgeschickt worden. Der Oberstadtschreiber Michoff, Oberbürgermeister und Regierungsrat Niedermeyer wurden in Richtung Werden fortgebracht.

## Die Unsicherheit in Essen

Aus Essen meldet die Post, Stg., daß durch den Fortfall des polizeilichen Schutzes die öffentliche Sicherheit gefährdet und das Treiben verbrecherischer Elemente erleichtert wird. In einzelnen Fällen wurden durch das Eingreifen der sächsischen Grenzwehr höhere Gewalttaten verhindert.

## Ein Banthaus ausgeraubt

Essen, 23. Februar. Gestern abend wurde im Banthaus Rathenau u. Co. ein frecher Raub ausgeführt. Zwei Zivilisten, von denen der eine französisch, der andere deutsch und französisch sprach, erklärten dem 77 Jahre alten Inhaber für verhaftet, weil er angeblich der Schuhpolizei Vorwürfe gemacht habe. Sie zwingen ihn, die Pächer vorzulegen und die Schränke zu öffnen. Die Kassen raubten die gesamten Saluten und mehrere Millionen Mark deutschen Geldes.

## Abgelehntes Anrecht

Essen, 23. Februar. Ueber die West-Verträge im Eisenbahndirektionsrat Köln wird gemeldet: Der französische Kontrahent in Dennington läßt keine Komotie mehr ins unbesetzte Gebiet. Die Güte müssen zwischen Dennington und Oberlahf mit Bürger Lokomotiven fahren. In Bonn sind den Arbeitern sogar 20 000 M. für die Stunde angeboten worden. Dieses Ansehen wurde abgelehnt. Auf dem Bahnhofs Dürren verladen die Franzosen durch farbige Kohlen und Koks. Im übrigen ist die Betriebslage im Kölner Bezirk unverändert.